

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

27. Jahrgang

Berlin, den 8. April 1960

Nummer 15

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Der öffentliche Haushalt in der UdSSR

Mehr als die Hälfte des sowjetischen Volkseinkommens wird an den öffentlichen Haushalt abgeführt und von ihm wieder verteilt. Die Budgetgestaltung hat damit im System der sowjetischen Wirtschaftsplanung eine weit größere Bedeutung als in Ländern mit marktwirtschaftlicher Verfassung. Infolge der Eigenart des sowjetischen Steuersystems sind die persönlichen Einkommensteuern gering, dafür spielen die Umsatzsteuer und die Gewinnabschöpfung eine um so größere Rolle. Ein vergleichsweise großer Teil der Haushaltseinnahmen ist für die Finanzierung der Masse der gesamtwirtschaftlichen Investitionen bestimmt und ersetzt damit weitgehend das in westlichen Ländern unentbehrliche privatwirtschaftliche Sparen.

Der Umfang des öffentlichen Haushalts

Der „Staatshaushalt“ der UdSSR unterscheidet sich erheblich von den öffentlichen Haushalten anderer Länder. Er setzt sich zusammen aus dem Unionshaushalt, den Haushalten der Unionsrepubliken, der autonomen Republiken, der Provinzen, der Kreise, der Städte und der Gemeinden. Außerdem enthält er den Haushalt der Sozialversicherung und — zum Teil sogar nach dem Bruttoprinzip abgerechnet — die Haushalte der staatlichen Verkehrs- und Wirtschaftsunternehmungen sowie der Banken und Sparkassen. Es werden also von ihm weit mehr Bereiche erfaßt als in westlichen Ländern. Aus dem Staatshaushalt der UdSSR wird ein wesentlicher Teil der Investitionen finanziert, auch aus diesem Grunde muß sein Umfang erheblich größer sein als in marktwirtschaftlich orientierten Staaten, in denen die Vermögensbildung überwiegend privaten Investoren überlassen bleibt. So beträgt der Anteil der öffentlichen Haushalte in der Sowjetunion knapp die Hälfte des Brutto-Sozialprodukts¹⁾ gegenüber einem Drittel in der Bundesrepublik.

Trotz der föderalistischen Verfassung der UdSSR wird das Finanzsystem vom zentralistischen Prinzip geleitet. Durch den Volkswirtschaftsplan werden die öffentlichen Haushalte — dessen wichtigste Glieder — eng koordiniert; die regionalen Parlamente haben daher nur einen begrenzten Einfluß auf die Gestaltung der Etats. Seit dem Machtantritt Chruschtschows sind allerdings den Haushalten der Unionsrepubliken zunehmend grö-

ßere Anteile an den insgesamt verfügbaren Mitteln übertragen worden. Während vor dem zweiten Weltkrieg und noch im Jahre 1955 der Ausgabenanteil der Republikhaushalte an den gesamten Staatsausgaben ein Viertel betrug, beläuft er sich seit 1957 auf die Hälfte.

Anteil der Republikhaushalte am Staatshaushalt der UdSSR

1940	24,1 vH	1958	50,9 vH
1955	26,2 „	1959	48,5 „
1956	31,2 „	1960	52,0 „
1957	47,0 „		

In den rasch wachsenden Etatsummen der Republikhaushalte spiegeln sich die vor einiger Zeit verkündeten Dezentralisierungsbestrebungen wider, deren Ziel es ist, den regionalen Verwaltungen größere Bewegungsfreiheit bei der Ausführung der von der Zentralregierung global angeordneten Wirtschaftspläne als unter Stalin zu gewähren und damit einen besseren Wirkungsgrad des Systems zu erreichen. Die Verstärkung der Haushaltsmittel der Gebietskörperschaften bedeutet keineswegs eine Schmälerung des Einflusses der Zentralregierung, die auch nach wie vor die absolute Steuerhoheit ausübt und auf diese Art die Republikhaushalte in Abhängigkeit hält. Die am 30. Oktober 1959 vom Obersten Sowjet beschlossene Neuformulierung des Haushaltsrechts hat an diesem Zustand im Prinzip nichts geändert.

Die Haushaltseinnahmen

Die Einnahmen aller öffentlichen Haushalte der UdSSR beziffern sich 1958 auf 672 Mrd. Rb. und sollen 1960 laut Plan 773 Mrd. Rb. betragen. Mit einem Anteil an den Einnahmen von 45 vH 1958 und einem geplanten Anteil von 41 vH 1960 ist die Umsatzsteuer die wichtigste Steuer der

¹⁾ Vgl. G. Polyak in „Vestnik statistiki“, 1959, Nr. 5. Dort wird der Anteil der Haushaltseinnahmen am Nationaleinkommen für 1957 mit 56 vH angegeben. Da im Nationaleinkommen sowjetischer Definition weder die gesamten Abschreibungen noch die Wertschöpfung wesentlicher Dienstleistungsbereiche enthalten sind, ist die Anteilsquote am Brutto-Sozialprodukt niedriger als 56 vH.

Der Staatshaushalt der UdSSR

	1950	1953	1955	1956	1957	1958	1959	1960
Werte in Mrd. Rb.								
Einnahmen								
Umsatzsteuer	236,1	243,6	242,4	258,6	275,6	304,5	333,0	317,1
Gewinnabführung	40,4	70,3	102,8	102,9	118,4	135,4	154,9	203,0
Steuern von der Bevölkerung	35,8	46,1	48,3	50,5	52,0	51,9	56,0	57,2
Staatsanleihen	31,0	30,4	36,8	44,3	35,2	10,6	9,2	11,0
darunter: Gezeichnete Anleihen	26,4	17,3	30,2	32,8	18,5	3,2	2,0	2,6
Von Sparkassen erworbene	3,1	12,2	5,3	10,0	16,0	6,5	7,2	8,4
Einnahmen der MTS (bzw. RTS)	3,6	4,8	6,2	10,6	11,3	9,7	1,5	·
Steuerabführungen der Genossenschaften, Kolchose sowie Steuern von Nichtwarenoperationen	5,5	9,5	12,4	14,1	14,1	16,6	19,6	21,3
Sozialversicherungsbeiträge	19,6	23,2	26,5	28,3	33,3	33,1	33,1	33,1
Sonstige Einnahmen	50,8	111,9	88,9	76,6	119,8	110,5	149,1	163,4
Insgesamt	422,8	539,8	564,3	585,9	626,9	672,3	723,3	773,0
Ausgaben								
Volkswirtschaft	157,9	181,0	233,1	245,2	267,0	290,3	308,9	328,5
Soziale und kulturelle Zwecke	116,7	128,8	147,2	161,4	200,5	214,2	232,2	247,8
Verteidigung	82,8	107,8	107,4	97,3	96,7	93,6	96,1	96,1
Verwaltung	13,9	14,3	12,5	12,1	12,0	12,0	11,5	11,1
Anleiendienst	5,1	11,7	14,3	16,3	18,0	—	—	—
Sonstige Ausgaben	36,8	70,9	25,0	28,2	13,1	32,6	58,9	62,3
Insgesamt	413,2	514,7	539,5	563,5	607,3	642,7	707,6	745,8
Einnahmenüberschuß	9,6	25,1	24,8	22,4	19,6	29,6	15,7	27,2
Anteile in vH								
Einnahmen								
Umsatzsteuer	55,8	45,1	43,0	44,1	44,0	45,3	46,0	41,0
Gewinnabführung	9,5	13,0	18,2	17,6	18,9	20,1	21,4	26,3
Steuern von der Bevölkerung	8,5	8,5	8,6	8,6	8,3	7,7	7,7	7,4
Staatsanleihen	7,3	5,6	6,5	7,6	5,6	1,6	1,3	1,4
Einnahmen der MTS (bzw. RTS)	0,9	0,9	1,1	1,8	1,8	1,4	0,2	·
Steuerabführungen der Genossenschaften, Kolchose sowie Steuern von Nichtwarenoperationen	1,3	1,8	2,2	2,4	2,2	2,5	2,7	2,8
Sozialversicherungsbeiträge	4,6	4,3	4,7	4,7	5,3	4,9	20,7	21,1
Sonstige Einnahmen	12,0	20,7	15,8	13,1	19,1	16,4	·	·
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Ausgaben								
Volkswirtschaft	38,2	35,2	43,2	43,5	44,0	45,2	43,7	44,0
Soziale und kulturelle Zwecke	28,2	25,0	27,3	29,2	33,0	33,3	32,8	33,2
Verteidigung	20,0	20,9	19,9	17,3	15,9	14,6	13,6	12,9
Verwaltung	3,4	2,8	2,3	2,1	2,0	1,9	1,6	1,5
Anleiendienst	1,2	2,3	2,7	2,9	3,0	—	—	—
Sonstige Ausgaben	8,9	13,8	4,7	5,0	2,2	5,1	8,3	8,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Quellen: 1957: (vorläufige Erfüllung) „Finansy SSSR“, H. 9/1958, S. 94. — 1959 und 1960: (Planzahlen) „Iswestija“ v. 24. 12. 1958, 28. und 31. 10. 1959. — Im übrigen: „Narodnoje Chosjajstwo 1958“, S. 899 f.								

staatlichen Finanzwirtschaft²⁾. Obgleich selten Angaben über die Zusammensetzung der Steuerzahler gemacht werden, ist bekannt geworden, daß das gesamte Umsatzsteueraufkommen 1957 zu 38,3 vH von Betrieben, die dem Ministerium für Nahrungsmittelindustrie, zu 30 vH von Betrieben, die dem Ministerium für Leichtindustrie und zu 13,0 vH von Betrieben, die dem Ministerium für Getreideerzeugnisse unterstellt waren, entrichtet wurde³⁾.

Das Umsatzsteueraufkommen, das seit 1953 fast proportional mit den gesamten Haushaltseinnahmen gestiegen ist, soll 1960 erstmalig absolut kräftig zurückgehen. Im Plan für 1960 sind Umsatzsteuern im Betrage von 317 Mrd. Rb. vorgesehen, das sind gegenüber dem Plan 1959 fast 16 Mrd. Rb. weniger. Der Rückgang soll durch die Senkung der Einzelhandelspreise für Weine, Fahrräder, Uhren und „sonstige Waren“, die Auf-

hebung der Umsatzsteuer für Molkereiprodukte, die Änderung der Großhandelspreise für Getreideerzeugnisse und Zucker und die Einschränkung der Produktion von alkoholischen Getränken zustande kommen.

Seit 1950 ist die Belastung der Einzelhandelsumsätze durch die Umsatzsteuer — die allerdings bereits bei den Industriebetrieben und beim Großhandel erhoben wird³⁾ — spürbar zurückgegangen. Während 1950 bei einem Einzelhandelsumsatz von 360 Mrd. Rb. (ohne Kolchoshandel) das gesamte Umsatzsteueraufkommen 236 Mr. Rb. und

Umsatzsteuer im Verhältnis zum Einzelhandelsumsatz

Jahr	Einzelhandelsumsatz ¹⁾	Umsatzsteuer ²⁾	Relation
	in Mrd. Rb.		
1950	359,6	236,1	65,7
1955	501,9	242,2	48,2
1956	547,4	258,6	47,2
1957	625,0	275,8	44,1
1958	677,2	304,5	45,0
1959	709,6	333,0 (Plan)	46,9
1960	765,0 (Plan)	317,1 (Plan)	41,5

²⁾ Legt man die sowjetrussischen Verhältnisse zugrunde (Umsatzsteuer = 41 vH der Haushaltseinnahmen; Haushaltseinnahmen = 50 vH des Brutto-Sozialprodukts), würde eine vergleichbare Steuer in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlins 52 Mrd. DM erbringen. Das gesamte Steueraufkommen betrug in der Bundesrepublik 1959 hingegen 60 Mrd. DM.

³⁾ Vgl. Urjupin „Zum Problem der Umsatzsteuer und Gewinnabführung“ in „Finansy SSSR“ 1957, Heft 5; deutsche Übersetzung in „Sowjetwissenschaft“ 1957, Heft 8.

¹⁾ Einschl. öffentlicher Speisebetriebe. 1950—1958: „Narodnoje Chosjajstwo SSSR w 1958 godu“, Moskau, 1959, S. 712; 1959: „Iswestija“ v. 22. 1. 1960; 1960: „Iswestija“ v. 28. 10. 1959. — ²⁾ Quellen: siehe obige Übersicht.

der prozentuale Anteil der Umsatzsteuer 66 vH betrug, wird dieser Anteil 1960 voraussichtlich nur 41,5 vH erreichen.

Der neben der Umsatzsteuer nächstwichtige Einnahmeposten ist die Gewinnabführung der staatlichen Betriebe. Diese Steuer spielte in den Jahren des bevorzugten Aufbaus der Schwerindustrie keine große Rolle. Sie nahm jedoch nach 1950 sehr rasch zu; während die gesamten öffentlichen Einnahmen von 1950 bis 1958 um 59 vH stiegen, erhöhte sich die Gewinnabführung in dieser Zeit um 235 vH. Für 1960 ist eine erneute kräftige Zunahme — um 48 Mrd. Rb. gegenüber 1959 — geplant, der Anteil der Gewinnabführung an den gesamten Einnahmen soll sich dabei von 21 vH in 1959 auf 26 vH erhöhen. Die geplante Abnahme des absoluten Umsatzsteueraufkommens soll also durch die Steigerung der geplanten Gewinne mehr als kompensiert werden.

Das stärkere Hervortreten der Gewinnabgabe ist auf zwei Ursachen zurückzuführen. Zum einen müssen die Sowjets nach der nunmehr vollzogenen Umstrukturierung der Industrie für den Absatz eines größeren Güterangebots an die Bevölkerung als ehemals besorgt sein. Sie stehen daher unter dem Zwang, die überwiegend den Bereich B (Verbrauchsgüterindustrien) treffende hohe Umsatzsteuer zu ermäßigen, um auf diese Weise die Massenkauftkraft indirekt zu erhöhen. Zu dieser Ermäßigung werden sie überdies auch deshalb gezwungen, weil es ihnen anscheinend nicht mehr gelingt, die im Bereich B auftretenden Kostensteigerungen durch den Produktivitätszuwachs völlig aufzufangen.

Die Gewinnabführungen der Konsumgüterindustrien sind bisher im Vergleich zu der von ihnen getragenen Umsatzsteuer sehr gering, nicht zuletzt wohl auch wegen der langjährigen Vernachlässigung des Aufbaus ausreichender neuer Kapazitäten. Jedoch ist damit zu rechnen, daß die Sowjets dem von ihnen in vielen Industriezweigen bereits mit spürbarem Erfolg praktizierten Prinzip, die Initiative der Betriebsleiter dadurch wachzuhalten, daß vom Gesamtgewinn nur ein — freilich beträchtlicher — Teil an den Staatshaushalt abgeführt wird, in Zukunft auch in verstärktem Maß bei den Konsumgüterindustrien Geltung verschaffen werden. Anders ausgedrückt: Die Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung soll nicht nur durch indirekt wirkende Maßnahmen (Umsatzsteuersenkung) erreicht werden, sie wird auch durch einen zunehmenden Druck auf die Produktionskosten angestrebt.

Die geplanten Gesamtgewinne für 1959 und 1960 werden von den Sowjets mit 220 Mrd. Rb. bzw. 285 Mrd. Rb. angegeben. Etwa zwei Drittel davon entfallen auf die Industrie und ein Sechstel auf das Transport- und Fernmeldewesen, die Anteile des Handels und der Landwirtschaft sind dagegen gering. Im Durchschnitt erhebt der Fiskus Anspruch auf reichlich zwei Drittel der Plangewinne; im Transport- und Fernmeldewesen sind es etwa 80 vH, in der Landwirtschaft 1960 nur 25 vH. Die diesjährige Bevorzugung der Landwirtschaft bei der Verteilung der Steuerlast dürfte im engen Zusammenhang mit den verstärkten Bemühungen Chruschtschows um die Hebung der Produktivität der Staatsgüter stehen, die im letzten Jahr wegen ungenügender Leistungen im Ver-

gleich zu den Kolchosen öffentlich kritisiert worden sind. Allerdings ist zu beachten, daß der in der Landwirtschaft verbleibende Gewinn sowohl 1959 als auch 1960 absolut nach den Gewinnplänen sehr niedrig angesetzt war.

Geplante Gewinne in der Volkswirtschaft 1959 und 1960¹⁾

Jahr	Volkswirtschaft	Industrie	Landwirtschaft und Beschaffung	Transport und Fernmeldewesen	Handel	Sonstige
Werte in Mrd. Rb.						
Gesamtgewinn						
1959	219,5	182,5	9,9	39,6	13,1	24,4
1960	285,3	182,7	8,3	44,6	14,2	35,5
Abzuführender Gewinn						
1959	2)152,5	86,0	6,1	31,7	8,9	19,8
1960	2)200,7	124,8	2,1	34,6	9,9	29,3
Verbleibender Gewinn						
1959	67,0	46,5	3,8	7,9	4,2	4,6
1960	84,6	57,9	6,2	10,0	4,3	6,2
Anteile in vH						
Strukturelle Verteilung des Gesamtgewinns						
1959	100,0	60,4	4,5	18,0	6,0	11,1
1960	100,0	64,0	2,9	15,6	5,0	12,4
Gewinnabführungsquote ³⁾						
1959	69,5	64,9	61,6	80,1	67,9	81,1
1960	70,3	68,3	25,3	77,6	69,7	82,5
Gewinnverbleibquote ⁴⁾						
1959	30,5	35,1	38,4	19,9	32,1	18,9
1960	29,7	31,7	74,7	22,4	30,3	17,5

1) Vgl. „Planowoje Chosjajstwo“, H. 1 u. 12/1959. — 2) Differenz zu entsprechenden Posten in der Übersicht auf S. 62 (1959: 2,4; 1960: 2,3 Mrd. Rb.) durch Neuberechnung der Gewinne. Vgl. „Plan. Chosj.“, H. 12/1959, S. 6. — 3) Anteil des abzuführenden Gewinns am Gewinn des jeweiligen Wirtschaftszweiges. — 4) Anteil des verbleibenden Gewinns am Gewinn des jeweiligen Wirtschaftszweiges.

Neben der Umsatzsteuer und der Gewinnabführung spielt im Staatshaushalt der UdSSR das sogenannte „Steueraufkommen der Bevölkerung“ — in erster Linie die Einkommen- und die Lohnsteuer — nur eine bescheidene Rolle. Die Einnahmen hieraus sollen 1960 57 Mrd. Rb., bzw. 7,4 vH der Gesamteinnahmen betragen. Der Anspruch der Sowjets, daß im Gegensatz zu marktwirtschaftlichen Staaten ihr Steuersystem „fortschrittlicher“ sei, weil es nur geringe Einkommensteuern erhebe, läßt sich aus dieser Relation allein nicht beweisen, da es nicht auf eine einzelne Steuer, sondern auf die gesamte Steuerlast ankommt, die die Bürger zu tragen haben. Allerdings läßt sich auch nicht allein aus der Höhe der gesamten Steuereinnahmen die Behauptung einer überhöhten Steuerlast konstruieren, da infolge der weitgespannten Leistungen aus dem öffentlichen Haushalt der materielle „Nutzen“ der Staatstätigkeit für den Sowjetbürger größer ist als im westlichen System, das bewußt mehr der Privatinitiative überläßt.

Ein bevorzugtes Instrument der Fiskalpolitik in der Sowjetunion war in der Vergangenheit die Auflegung von Staatsanleihen. Noch 1957 kamen auf diese Weise 35 Mrd. Rb. ein. Seither hat die Anleihenbegebung stark nachgelassen, Staatspapiere werden im wesentlichen nur noch von den Geldsammelstellen (z. B. Sparkassen) erworben. Da seit 1958 auch der Zinsendienst und die Tilgungen weitgehend aufgehört haben — Mitte 1957 wurde ein Schuldenbedienstungsstop für 20 bis 25 Jahre ausgesprochen —, unterscheidet sich die Neuauflage von Anleihen vermutlich kaum von einer Besteuerung.

Von den im Haushalt enthaltenen staatlichen Betrieben wurden die Maschinen- und Traktoren-Stationen vor ihrer Auflösung gesondert ausgewiesen. Ihre Einnahmen betragen 1958 fast 10 Mrd. Rb. Soweit sie als Reparatur-Stationen weiterhin tätig blieben, sind deren Einnahmen an ihre Stelle getreten; sie spielen allerdings im Haushalt keine Rolle mehr, ihr Anteil liegt unter 1 vH.

Die handwerklichen und landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie einige Dienstleistungszweige — d. h. letzten Endes die nichtstaatlichen Betriebe — unterliegen einer sogenannten „Einkommensteuer“; das Aufkommen aus dieser Steuer wird für 1960 mit 21 Mrd. Rb. bzw. 2,8 vH der Gesamteinnahmen veranschlagt. Bedenkt man, daß zur Zeit etwa 37 vH aller Beschäftigten in Betrieben dieser Art tätig sind, erscheint die Steuer vergleichsweise gering. Sie dient tatsächlich mehr der administrativen Kontrolle dieser dem Staat nicht direkt unterstehenden Produktionsbereiche und weniger rein fiskalischen Zwecken.

Die „Sonstigen Einnahmen“ sollen 1960 einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge 163 Mrd. Rb. betragen, das sind immerhin 21 vH der gesamten Einnahmen. Über die Aufgliederung dieser Summe ist — mit Ausnahme der Sozialversicherung, deren Einnahmen mit etwa 35 Mrd. Rb. geschätzt werden dürfen — nichts bekannt. Doch ist zu vermuten, daß außer den Gebührenzahlungen der Wirtschaft und Bevölkerung und außer den Zöllen auch die Einnahmen von sogenannten „Brutto-Betrieben“ in diesem Posten enthalten sind, die — wenn auch nicht in gleichem Umfang — in westlichen öffentlichen Haushalten (etwa in der Gestalt kommunaler Versorgungsunternehmen) ebenfalls zu den Staatseinnahmen beitragen.

Der Staatshaushalt der UdSSR schließt in der Regel mit höheren Einnahmen als Ausgaben ab, für 1960 soll der Einnahmenüberschuß 27 Mrd. Rb. betragen. Der Überschuß wird den Reservefonds der Ministerräte zugeführt, deren gesamte Höhe nicht bekanntgegeben wird. Die hieraus verwendeten Beträge werden nicht auf die folgenden Haushalte übertragen und auch nicht öffentlich abgerechnet. Die Ausgaben der Reservefonds dienen nach sowjetischer Darstellung⁴⁾ der zusätzlichen Finanzierung der Volkswirtschaft (wahrscheinlich insbesondere der Industrie), jedoch ist hier auch eine zusätzliche Quelle der Finanzierung von Rüstung und Propaganda zu vermuten.

Die Haushaltsausgaben

Den im Vergleich zu marktwirtschaftlichen Volkswirtschaften sehr viel höheren Einnahmen des sowjetischen Staatshaushalts entsprechen selbstverständlich höhere Ausgaben. Anders als in westlichen Staaten, in denen die privaten Haushalte und die Unternehmungen im volkswirtschaftlichen Sinne sparen, und damit zu der für das wirtschaftliche Wachstum notwendigen Kapitalbildung beitragen, hat in der Sowjetunion der Staat diese Rolle übernommen. Wenngleich eine funktionale Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben des öffentlichen Haushalts schwierig ist (es sei denn bei zweckbestimmten Einnahmen), so läßt sich für die Sowjetunion doch feststellen, daß die hohen Einnahmen des Fiskus aus der Umsatzsteuer den Ausgaben für volkswirtschaftliche Investitionen seit 1955 bis 1959 fast vollständig entsprechen haben.

Für die Finanzierung der Volkswirtschaft werden annähernd 45 vH des Etats verwendet. Die Haushaltsausgaben für die Volkswirtschaft betragen knapp zwei Drittel der im Volkswirtschaftsplan vorgesehenen Gesamtaus-

⁴⁾ Swerew, in „Planowoje Chosjajstwo“, H. 12/1957, S. 19.

gaben für die Finanzierung der Investitionen in Anlagen und Lägern. Das restliche Drittel wird von den Betrieben aufgebracht; der auf die Selbstfinanzierung entfallende Anteil schwankt jedoch stark von Bereich zu Bereich.

Geplante Aufwendungen für die Volkswirtschaft 1959 und 1960¹⁾

Bereich	Gesamtaufwendungen				Aufwendungen aus dem Staatshaushalt	
	in Mrd. Rb.		in vH		in Mrd. Rb.	in vH
	1959	1960	1959	1960	1960	
Industrie	253,3	279,3	52,3	53,4	151,9	46,3
Landwirtschaft	44,9	50,6	9,3	9,7	32,3	9,8
darunter: Sowchosen	23,7	30,9	4,9	5,9	19,0	5,8
Transport- und Fernmeldewesen	52,9	57,3	10,9	11,0	25,4	7,7
Kommunalwirtschaft	²⁾ 27,3	31,4	5,6	6,0	28,6	8,7
Binnenhandel	³⁾ 5,9	6,0	1,2	1,1	²⁾ 0,8	0,2
Sonst. Wirtschaftszweige	100,2	98,6	20,7	18,8	89,5	27,3
Ges. Volkswirtschaft	484,5	523,2	100,0	100,0	328,5	100,0

¹⁾ Garbusow in „Planowoje Chosjajstwo“, H. 12/1959. — ²⁾ Schätzung. — ³⁾ Swerew in „Planowoje Chosjajstwo“, H. 1/1959.

Die Industrie, die 1960 mit 152 Mrd. Rb. fast die Hälfte der vom Staat bereitgestellten Mittel erhalten soll, muß 46 vH der geplanten Aufwendungen selbst erwirtschaften, im Transport- und Fernmeldewesen sind es 56 vH und im Binnenhandel sogar 87 vH. Die Landwirtschaft braucht dagegen nur einen Anteil von 36 vH und die Kommunalwirtschaft nur einen solchen von 9 vH unmittelbar beizusteuern.

Anteil der Finanzierung aus dem Staatshaushalt an den geplanten Aufwendungen für die Volkswirtschaft 1960^{*}

Industrie	54,4 vH
Landwirtschaft	63,8 "
Transport- und Fernmeldewesen	44,3 "
Kommunalwirtschaft	91,1 "
Binnenhandel	13,3 "
Sonstige Wirtschaftszweige	83,2 "
Gesamte Volkswirtschaft	61,7 vH

^{*}) Errechnet nach Garbusow, „Planowoje Chosjajstwo“, H. 12/1959, S. 8.

Vergleichsweise höher als in anderen Ländern sind in der UdSSR auch die Ausgaben des Staates für soziale und kulturelle Zwecke. Es gibt in der Sowjetunion kein privates Erziehungs- und Gesundheitswesen, die Künstler und Wissenschaftler sind entweder Staatsangestellte oder erhalten vom Staat erhebliche Unterhaltszuschüsse. Auch ein sehr großer Teil des Fremdenverkehrs (Bäder, Erholungsheime) ist verstaatlicht; die Ausgaben hierfür erscheinen im Haushalt überwiegend als Sozialleistungen. Der Anteil der Kultur- und Sozialausgaben an den gesamten öffentlichen Ausgaben ist von 1953 bis 1957 beträchtlich gestiegen, er beträgt seither konstant 33 vH aller Ausgaben, für 1960 sind 248 Mrd. Rb. vorgesehen, das entspricht bei einem Umrechnungskurs von 0,40 bis 0,50 DM für 1,00 Rb. etwa der Hälfte des westdeutschen Sozialprodukts.

Ein recht undurchsichtiger Posten sind die Ausgaben für die Landesverteidigung. Sie werden für 1950 mit einer Höhe von 83 Mrd. Rb. angegeben und sollen 1959 und 1960 nicht mehr als 96 Mrd. Rb. betragen. Demnach würde der Anteil der Verteidigungsausgaben von 20 vH auf 13 vH der Ausgaben zurückgegangen sein. Diesen Ziffern ist zweifellos mit Vorsicht zu begegnen; es ist zu vermuten, daß erhebliche Teile der Rüstungsausgaben bei anderen Positionen des

Haushalts verbucht werden, so daß weitreichende Schlüsse aus den von den Sowjets angegebenen Daten nicht gezogen werden können.

Ein ähnlicher Vorbehalt gilt für die ausgewiesenen **Verwaltungsausgaben**. Sie sind relativ geringfügig — 1960 sollen sie 11 Mrd. Rb. bzw. 1,5 vH der Ausgaben betragen. Hierbei handelt es sich lediglich um die Sach- und Personalausgaben der zentralen Verwaltung. Die gesamten Verwaltungskosten sowie speziell die Personalausgaben der öffentlichen Verwaltung sind nicht bekannt, sie sind jedoch weitaus höher.

Der **Anleihendienst** stieg zwischen 1950 und 1957 — trotz des Kapitalschnitts bei der vorhergegangenen Währungsreform — verhältnismäßig rasch von 5 Mrd. Rb. auf 18 Mrd. Rb. an. Im Jahre 1957 wurde daher einerseits die Begebung von Staatsanleihen stark eingeschränkt und andererseits die Einlösung fälliger Schuldverschreibungen und offensichtlich auch die laufende Verzinsung unterlassen. Seit 1958 werden jedenfalls in der Haushaltsposition „Anleihendienst“ keine Beträge mehr ausgewiesen.

Die „**Sonstigen Ausgaben**“ sind ein dem außenstehenden Betrachter nichtssagender Restposten. Sie schwanken in ihrer Höhe in den einzelnen Jahren recht erheblich; für 1958 wurden sie mit fast 33 Mrd. Rb. angegeben (für 1959 liegen keine Ist-Zahlen vor), und sie sollen 1960 62 Mrd. Rb. betragen.

Zusammenfassung

Der Haushaltsplan der UdSSR für 1960 unterscheidet sich im ganzen gesehen kaum von seinen Vorgängern. Die Gesamteinnahmen sollen wie schon in den letzten drei Jahren um 7 vH zunehmen. Bei den Einnahmen aus der sozialisti-

schen Wirtschaft zeichnet sich jedoch eine bemerkenswerte Entwicklung ab. Zwar bleibt der bisherige Anteil von zwei Dritteln, den die Umsatzsteuer und die Gewinnabgabe an den gesamten Einnahmen haben, erhalten. Aber die Umsatzsteuer, die zwischen 1955 und 1959 ständig die Höhe der Ausgaben für die Volkswirtschaft nur wenig übertraf, geht im Plan für 1960 erstmalig in ihrem absoluten Aufkommen zurück und bleibt noch etwas unter dem Niveau der Ausgaben für die Volkswirtschaft.

Im Gegensatz zur Umsatzsteuer steigen die veranschlagten Einnahmen aus der Gewinnabführung sehr stark.

Beide Veränderungen lassen vermuten, daß die Sowjets vor neuen Planungsproblemen stehen. Nachdem nämlich die Periode des beschleunigten industriellen Aufbaus seit geraumer Zeit abgeschlossen ist, werden in Zukunft offensichtlich die Fragen eines stockungsfreien Güterabsatzes dringlicher. Zwar wird es in der Planwirtschaft der UdSSR wohl kaum jemals zu einer Stagnation kommen, aber die freieren Verbraucherentscheidungen haben teilweise bereits zu einer Ansammlung unfreiwilliger Läger geführt. Damit wird die Notwendigkeit einer fortschreitenden Bereinigung des Preissystems — durch den weiteren Abbau der allzu hohen indirekten Steuerbelastung und durch die stärkere Einschaltung des Eigeninteresses als einer bewegendenden Kraft des Wirtschaftsablaufs — immer dringlicher.

Zur Lage der Industrie in der Bundesrepublik

Im Jahre 1960 zeichnen sich zwei neue Tendenzen ab, die für die Beurteilung der konjunkturellen Situation der westdeutschen Industrie bedeutsam sind: Einmal scheinen sich Angebot und Nachfrage in der Gesamtbetrachtung wieder einander anzunähern; zum anderen wird die Entwicklung in den verschiedenen Bereichen in absehbarer Zeit wohl wieder differenzierter verlaufen als im vergangenen Jahre.

Die seit einem Jahr bestehenden Unterschiede in den Jahreswachstumsraten der Auftragseingänge einer- und der industriellen Produktion (und auch der Umsätze) andererseits, sind im Januar/Februar schon wesentlich kleiner gewesen.

Daten zur konjunkturellen Entwicklung der Industrie¹⁾
Realer Zuwachs in vH gegenüber gleichem Vorjahrszeitraum

Zeit	Auftragseingang	Umsatz	Produktion
1959 1. Vj.	10,4	1,0	2,5
2. "	26,5	12,8	8,5
3. "	28,8	12,2	9,6
4. "	34,3	18,6	14,6
Okt.	29,1	13,7	11,8
Nov.	37,2	20,7	13,8
Dez.	37,1	21,9	18,5
1960 Jan.	26,9	14,8	19,9
Febr.	29,1	24,2	16,1

¹⁾ Nur Grundstoff-, Investitions- und Verbrauchsgüterindustrien, ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrien.

Die Wachstumsdifferenz verringerte sich von beiden Seiten her: Die Nachfrageexpansion ließ etwas nach, und die Produktion konnte weiter — und im Januar erstmals wieder über die Umsatzsteigerung hinaus — erhöht werden. Noch kann nicht gesagt werden, ob sich hierin eine echte Harmonisierung ankündigt oder nur eine vorübergehende Annäherung. Es spricht aber sehr viel für die erste Annahme.

Das Auftragswachstum (gegenüber der gleichen Vorjahrszeit) hat im Januar/Februar im Vergleich zu den Fortschrittsraten der Vormonate am stärksten bei den Verbrauchsgüterindustrien nachgelassen. Die Bestellungen waren dort real nur noch um 9 und 13 vH größer als im Januar bzw. Februar 1959 (Grundstoffe und Produktionsgüter + 29 und + 32 vH, Investitionsgüter + 33 und + 34 vH). In der Schuhindustrie wurde das Auftragsvolumen der ersten Monate des vergangenen Jahres nicht einmal erreicht, in der Bekleidungsindustrie wurde es kaum überschritten. Der Handel hat seine Läger an Verbrauchsgütern wieder gefüllt und hat kaum Grund zu einer allzu optimistischen Beurteilung der Absatzmöglichkeiten in naher Zukunft, nachdem seine hochgespannten Umsatzerwartungen im vergangenen Winter teilweise enttäuscht worden sind. Bei den industriellen Erzeugern dieser Güter nehmen nach Äußerungen aus der Textil- und Schuhindustrie die Auftragsbestände auch durch Stornierungen und mangelnde Abrufe ab, und man erinnert sich, daß verschiedene Verbände bereits Ende des vergangenen Jahres davor warnten, die großen Bestellzugänge allzu ernst zu nehmen.

Die gesamte Industrieproduktion¹⁾ im Februar übertraf die des Januar um 2,2 vH und die des Februar 1959 um 12,6 vH, wobei auch hier die Grundstoff- und Investitionsgütererzeugung mit Zuwachsraten von 21 bzw. 15 vH über, die Verbrauchsgüterproduktion dagegen mit 11 vH unter dem Durchschnitt der gesamten Industrie lagen.

Allerdings ist erst für etwa die Hälfte der Verbrauchsgüterindustrien das Produktionsergebnis des Februar im einzelnen bekannt. Hierunter hat insbesondere die ledererzeugende Industrie, die schon seit

¹⁾ Index der Nettoproduktion der Industrie ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe; vorläufige arbeitstäglige Berechnung; ohne Saarland und West-Berlin.

Monaten ihre Erzeugung eingeschränkt hatte, einen verstärkten Produktionsrückgang gemeldet (— 13 vH gegenüber Februar 1959). Die Produktion an Schuhen und Textilien war dagegen mit Wachstumsraten von 17 und 12 vH noch recht hoch.

Der bis vor kurzem bemerkenswert breite und gleichmäßige industrielle Aufschwung scheint seine Hauptstütze aber doch mehr und mehr in der starken Expansion der Investitionsgüterindustrien zu finden. Die Maschinenproduktion wuchs zwar im Februar mit 10 vH gegenüber Februar 1959 nicht mehr so stark wie im Januar (19 vH gegenüber Januar 1959), aber die Ausweitung der Aufträge hat dort und bei den anderen für Erweiterungs- und Rationalisierungsvorhaben wichtigen Lieferanten von Ausrüstungsgütern und Vorserzeugnissen, wie z. B. bei der Elektroindustrie und der Stahlindustrie, nicht nachgelassen.

Ein Nachlassen der Investitionstätigkeit ist wohl auch zunächst angesichts des bei dem gegenwärtigen Arbeitermangel verschärften Zwanges zur Erhöhung der Produktivität nicht zu erwarten. Der Umfang und die Zunahme der Investitionen in der westdeutschen Industrie selbst folgen seit Jahren einem neuen Trend, der durch Wandlungen des konjunkturellen Klimas keine entscheidenden Richtungsänderungen zu erfahren scheint. In einer soeben vom DIW veröffentlichten Untersuchung²⁾ wird festgestellt, daß seit 1955/1956 eine anhaltend kräftige Steigerung der Kapitalintensität (Kapitaleinsatz je Beschäftigten) um im Durchschnitt fast 7 vH jährlich erzielt wurde — ein in der deutschen Industriegeschichte bis dahin nicht erlebter Vorgang. Auch für 1960 ist nach dieser Untersuchung mit einer weiteren Zunahme der Kapitalintensität um etwa 6 vH zu rechnen. Demgegenüber war von 1950 bis 1955 die industrielle Kapitalintensität insgesamt nur um 2 vH gestiegen.

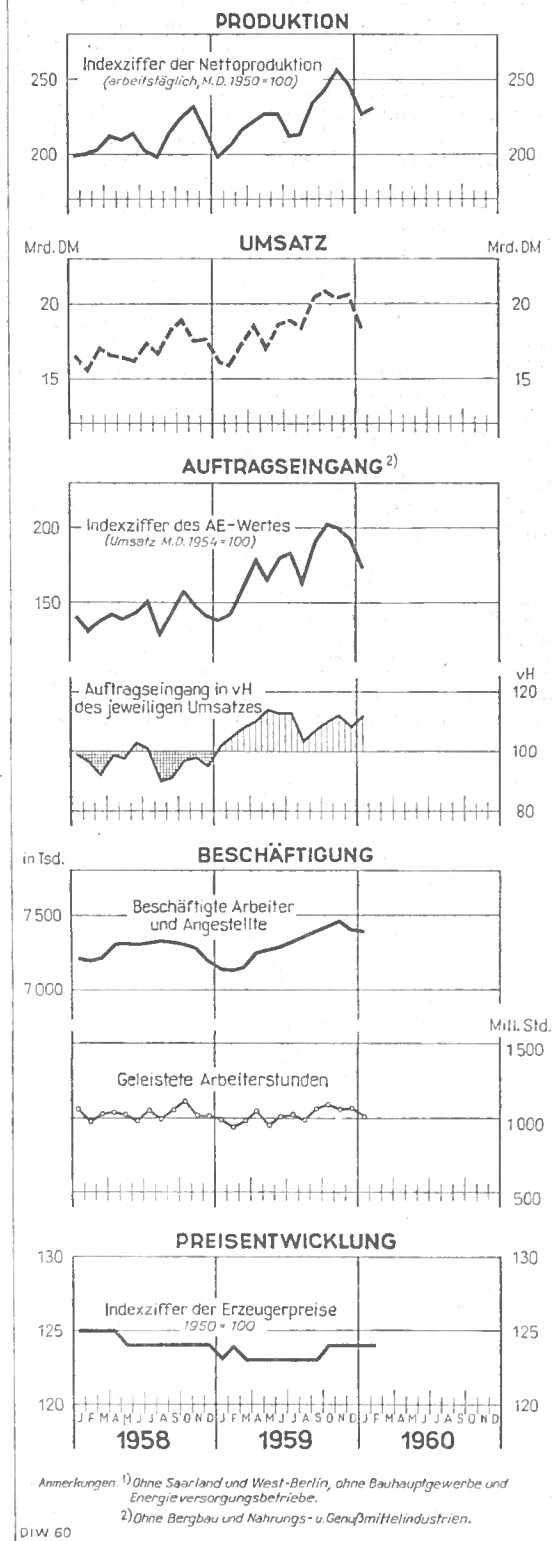
Die von 1955 bis 1959 gegenüber 1950 bis 1955 weit mehr als verzehnfachte jährliche Zunahme des Kapitaleinsatzes je Beschäftigten ist ein deutliches Zeichen für die erhebliche Ausweitung der sogenannten Rationalisierungs-Investitionen in den letzten Jahren. Diese Entwicklung wurde bei längere Zeit stagnierender Nachfrage nach Industrieprodukten durch zunehmenden Wettbewerb, geringe Arbeitskraftreserven und steigende Lohnkosten erzwungen. Dagegen nahmen die sogenannten Erweiterungs-Investitionen von 1956 bis 1958/1959 deutlich ab. In der ersten Nachkriegsperiode — bis 1955 — hatten umgekehrt die Erweiterungs-Investitionen bei weitem überwogen, was bei noch ungenutzten Arbeitskraftreserven und wachsender Nachfrage betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich durchaus richtig war.

Die starken Rationalisierungsbestrebungen in der Industrie führen seit mehreren Jahren zu besonders kräftigen Einsparungen von Arbeitskräften, die an anderer Stelle neu einsetzbar werden. Nachdem längere Zeit die Arbeiterzahl der Industrie im ganzen sogar etwas zurückging, ist es heute dank der Nachfrage durchaus gerechtfertigt, daß in wachsendem Umfang auch innerhalb der Industrie wieder Erweiterungs-Investitionen vorgenommen werden.

Dabei ist es im Prinzip gleichgültig, ob dieses Wechselspiel zwischen Freisetzung und Zunahme der Beschäftigtenzahl innerhalb der Betriebe und Branchen oder von Industriezweig zu Industriezweig stattfindet. Die Sicherung eines stetigen Wachstums erfordert auf lange Frist beide Arten der Investition.

²⁾ Rolf Krengel: „Zur Entwicklung der Brutto-Anlage-Investitionen und des Brutto-Anlagevermögens der westdeutschen Industrie 1958/1959“, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/1960.

DIE ENTWICKLUNG DER INDUSTRIE IN DER BUNDESREPUBLIK¹⁾



Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 und Bonn, Burgstr. 160.
 Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.
 Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.
 Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
 Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

Gegenstand *)	Einheit †)	1958 Dez.	1959												1960		
			Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
Anzahl der Werktage:		25	25,7	24	24	26	22,2	25	27	25,9	26	27	24,1	25	24,7	25	
Kredite an Nichtbanken¹⁾																	
Zentralbanksystem	Mill. DM	E	1094	934	876	877	975	1312	1626	1549	1611	1447	1418	1458	1748	1425	1819
Kreditbanken	"	"	34111,1	34333,8	34409,9	34568,5	34924,0	35762,6	36174,7	36674,1	37192,0	37977,7	38654,8	38952,2	38644,7	38544,7	38644,7
an Wirtschaft u. Private	"	"	26977,5	26770,3	27011,6	27042,5	27109,1	27582,4	28063,0	28383,5	28744,3	29437,5	29347,4	29520,7	30571,3	30799,8	30799,8
kurzfristige Kredite	vH	"	71,6	70,9	70,9	70,6	70,0	69,3	69,4	68,3	68,2	68,4	67,9	67,7	68,2	67,9	67,9
dar. Wechselkredite	"	"	35,3	33,8	33,5	33,3	33,5	33,0	32,9	32,8	32,4	32,1	32,1	31,4	33,5	32,2	32,2
mittelfristige Kredite	"	"	8,8	9,0	9,1	9,3	9,6	10,4	10,7	11,7	11,9	11,9	11,9	12,0	12,1	12,0	12,0
langfristige Kredite	"	"	19,6	20,1	20,0	20,1	20,4	20,3	19,9	20,0	19,9	19,7	20,2	20,3	19,7	20,1	20,1
an öff.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	2566,9	777,7	2540,3	2633,7	2731,0	2787,4	2702,6	2739,7	2745,9	2664,2	3201,8	3002,0	2336,5	1423,4	1423,4
Wertpap. u. Konsortialbeteilig.	"	"	4566,7	4785,8	4858,0	4892,3	5083,9	5392,8	5409,1	5550,9	5701,8	5876,0	6105,6	6125,8	6044,4	6423,5	6423,5
Übrige Kreditinstitute²⁾																	
an Wirtschaft u. Private	"	"	85817,0	88226,8	89100,9	90081,5	94809,9	92786,8	93825,7	95386,0	96660,8	98600,7	100693,2	101450,9	101612,8	101109,6	101109,6
kurzfristige Kredite	vH	"	59337,1	59817,6	60464,6	60977,0	64642,2	62556,6	63231,0	64057,7	65044,4	66141,9	67221,8	68368,6	69520,4	71554,4	71554,4
dar. Wechselkredite	"	"	21,4	21,4	21,6	21,4	20,5	21,3	21,2	20,8	20,5	20,5	20,4	20,3	20,2	20,3	20,3
mittelfristige Kredite	"	"	8,0	7,9	8,0	8,0	7,9	8,3	8,2	7,9	5,3	7,8	7,7	7,5	7,6	7,6	7,6
langfristige Kredite	"	"	7,6	7,6	7,4	7,4	7,2	7,6	8,0	8,0	8,2	8,2	8,1	8,2	8,5	8,4	8,4
an öff.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	17900,4	19171,8	18913,9	19175,0	19650,8	19397,2	19629,9	20024,0	20056,6	20739,4	21632,2	21040,0	20030,0	17024,3	17024,3
Wertpap. u. Konsortialbeteilig.	"	"	8579,5	29237,4	9722,4	9929,5	10516,9	10833,0	10694,8	11304,3	11559,8	11719,4	11839,2	12042,3	12062,3	12530,9	12530,9
Bargeldumlauf und Bank-																	
einlagen³⁾																	
Bargeldumlauf außerhalb der	Mill. DM	E	17971	17564	17983	18027	18515	18447	18433	18967	18917	18987	19078	19408	19369	18958	19220
Kreditinstitute	"	"	46224	45379	45412	43817	43879	45771	44800	44806	45719	46201	46448	47610	48741	49250	49833
Sicht- u. Termineinlagen, ges.	"	"	32072	31218	31126	31661	32664	33215	33107	33795	34182	34201	35186	35223	36028	35737	35907
von Wirtschaft und Privaten	vH	"	69,4	66,6	67,3	68,6	68,3	68,6	70,1	69,8	69,8	69,8	69,6	69,8	70,0	68,1	67,8
Sichteinlagen	"	"	30,6	33,4	32,7	31,4	31,7	31,4	29,9	30,2	30,2	30,4	30,2	30,0	31,9	31,9	32,2
Termineinlagen	"	"	14105	14161	14286	12156	10595	11973	11693	11008	11537	12000	11262	12387	12713	13513	13926
von deutschen öff. Stellen	Mill. DM	"	21,6	18,6	19,6	24,9	26,2	24,5	24,2	23,3	24,9	24,0	24,0	24,8	25,3	22,2	23,0
Sichteinlagen b. Kreditinst. {	vH	"	29,9	31,6	30,2	18,8	10,1	17,1	16,4	13,1	11,8	15,9	11,6	14,3	14,5	18,2	17,1
außer d. Zentralbankyst. }	"	"	48,5	49,8	50,2	56,3	63,7	58,4	59,4	63,6	63,3	60,1	64,4	60,9	60,2	59,6	59,9
Sichteinlagen beim ZBS	"	"	361	612	580	585	620	582	780	851	805	767	517	389	200	610	550
Termineinlagen	Mill. DM	"	36065	37024	37799	38289	38946	39418	39941	40420	41024	41607	42398	42820	44170	45720	46516
ERP-Sondervermögen	"	"															
Spareinlagen ⁴⁾	"	"															
Deutsche Bundesbank⁵⁾																	
Gold und Devisen, gesamt	Mill. DM	E	26516,0	25567,4	25237,7	23652,8	22825,2	23274,3	23181,4	23144,7	22644,5	22346,9	22620,9	23442,7	24129,5	23474,3	23782,3
Gold	"	"	10963,3	11125,9	11125,9	11126,0	11126,0	11149,8	11232,9	11305,1	11303,8	10871,5	10904,8	10904,8	10934,0	10935,3	10997,0
Guthaben bei ausländ. Banken	"	"	15400,1	14303,4	13979,7	12399,5	11568,6	12006,9	11832,7	11689,3	11204,1	11326,0	11586,2	12414,0	13065,5	12410,2	12654,7
Sorten, Wechsel u. Schecks	"	"	152,6	138,1	132,1	127,3	130,6	117,6	115,8	150,3	136,6	149,4	129,9	130,0	128,8	130,6	130,6
Wertpapiermarkt																	
Absatz an festverzinsl. Schuld-	Mill. DM	S	648,3	1597,0	951,6	618,6	1330,3	1123,4	556,9	1260,0	801,5	545,6	608,5	855,3	836,6	1237,7	525,0
verschreibungen und Aktien ⁶⁾)	vH	"	26,1	27,3	24,1	28,0	16,2	14,7	42,1	26,0	27,1	38,7	31,4	28,6	35,6	18,5	38,8
Pfandbriefe	"	"	22,8	24,8	24,5	28,6	18,5	19,6	33,4	16,0	12,5	19,6	11,8	17,4	19,4	7,7	20,6
Kommunalobligationen	"	"	6,7	27,3	17,2	8,5	34,8	34,8	0,3	19,2	26,2	1,9	30,2	38,8	10,5	41,6	10,2
Öffentliche Anleihen	"	"	21,6	12,0	21,0	0,6	9,0	22,8	10,0	0,2	15,6	0	0	5,8	3,7	1,9	0
Industrieobligationen	"	"	22,3	4,7	13,1	13,0	2,6	0,9	12,0	27,9	11,6	19,7	25,6	2,1	16,9	20,1	21,3
Aktien	"	"															
Kursdurchschnitt ⁷⁾	31.12.53=100	D	292,7	309,4	315,3	315,8	333,5	356,7	395,4	451,4	508,2	481,2	458,2	482,9	504,2	522,3	527,2
4 1/2%ige Wertpapiere	vH	"	101,62	103,33	104,49	104,94	105,23	105,05	104,92	105,07	105,77	105,64	104,79	104,29	104,14	103,53	103,2
5%ige Pfandbriefe	"	"	106,08	107,71	109,80	110,91	112,18	112,41	112,47	112,82	113,93	113,72	112,87	112,28	112,07	111,50	111,18
5%ige Kommunaloblig.	"	"	105,74	107,17	109,20	110,48	111,49	111,78	111,91	112,11	112,87	113,12	112,67	112,19	112,10	111,63	111,09
5 1/2%ige Pfandbriefe	"	"	107,51	108,88	111,03	112,04	113,18	113,29	113,40	113,81	115,01	115,05	114,09	113,48	113,38	103,05	112,62
8%ige Industrieoblig. 8)	"	"	105,06	105,61	105,76	104,82	104,30	104,37	104,27	104,31	104,43	103,89	103,87	103,80	103,11	103,20	103,07
Finanzen																	
Kassennmäßige Einnahmen aus	Mill. DM	S	5272,7	3885,2	3139,7	5013,2	3169,6	3711,2	5125,0	3489,4	3887,3	5466,7	3664,6	4030,1	36112,4	4260,9	3590,1
Steuern d. Bundes u. d. Länder ⁹⁾)	"	"	3353,4	1434,4	1139,2	2892,6	1139,2	1278,5	3064,2	1272,1	1412,2	3264,1	1284,2	1388,7	3823,3	1645,9	1299,5
Beitz- und Verkehrssteuern ¹⁰⁾	"	"	526,7	574,8	360,4	256,5	349,0	451,3	444,5	522,8	533,8	540,6	604,9	578,2	638,3	790,7	507,4
Lohnsteuer	"	"	1259,7	279,9	192,4	1201,7	229,9	173,5	1201,2	256,3	230,6	1398,6	283,3	272,1	1603,8	322,2	196,3
Veranl. Einkommensteuer	"	"	1226,4	204,8	143,5	1073,9	176,1	106,3	959,3	8,3	8,7	1016,1	66,5	51,8	1224,5	156,1	70,9
Körperschaftsteuer	"	"	1108,6	1383,3	1000,5	1017,7	1119,0	1165,3	1108,3	1205,3	1213,5	1170,2	1293,3	1303,9	1258,7	1550,3	1073,5
Umsatzsteuer	"	"	731,7	944,9	605,2	962,3	789,1	873,8	887,7	875,5	858,8	913,9	927,2	884,2	890,0	900,7	778,7
Zölle und Verbrauchsteuern	"	"	79,1	122,5	385,8	140,5	122,3	393,5	64,8	99,5	366,9	54,5	112,9	406,3	70,2	85,0	383,0
Lastenausgleichsabgaben ¹¹⁾	"	"															
Außenhandel¹²⁾																	
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM	S	2878	2608	2479	2631	2971	2919	2877	3011	299						